



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Doehn, Rudolf: Die Vereinigten Staaten und Cuba.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Vereinigten Staaten und Cuba.

Vor einiger Zeit verbreiteten amerikanische und europäische Blätter das Gerücht, die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtige eine energische Demonstration gegen Spanien in Bezug auf Cuba; und es knüpfte sich hieran die Vermuthung, Präsident Grant wolle die nordamerikanische Union in eine Verwickelung mit einer auswärtigen Macht stürzen, um so die „Umstände“ herbeizuführen, unter welchen er, seinem an die republikanische Staatsconvention von Pennsylvanien gerichteten Briefe gemäß, seine Wiederermählung zum Präsidenten für eine Nothwendigkeit halten würde. Der Schluß des z. B. vielbesprochenen Briefes vom 29. Mai 1875 lautete aber also: „Ich bin weder jetzt ein Candidat für die Präsidentschaft, noch habe ich mich jemals um dieselbe beworben. Eine angebotene Nomination würde ich nicht annehmen, es sei denn, dieselbe träte unter solchen Umständen an mich heran, die mir dieselbe zu einer gebieterischen Pflicht (an imperative duty) machen würden.“

Das erwähnte Gerücht schien auf den ersten Blick hin etwas Wahrscheinliches für sich haben. Verschiedene amerikanische Blätter veröffentlichten Privatnachrichten, welche von bedeutungsvollen Aeußerungen eines Beamten des Staatsministeriums in Washington City erzählten, die dahin gingen, daß dem Kampfe auf Cuba, der den Interessen der Vereinigten Staaten fortwährend großen Schaden zufüge, ein Ende gemacht werden müsse, u. s. w. Selbst in diplomatischen Kreisen rief die Sache einige Beunruhigung hervor. Hieß es doch sogar, Don Carlos habe dem Könige Alfonso seinen Beistand gegen Amerika angeboten. Dann kamen Nachrichten von einer drohenden Note, die vom Gesandten der Vereinigten Staaten, Herrn Cushing, der spanischen Regierung präsentirt worden sei, von der Absendung einer spanischen Kriegsflotille nach den amerikanischen Gewässern, von der Verstärkung des nordamerikanischen Flottengeschwaders der Vereinigten Staaten, u. s. w.

Späteren Nachrichten zufolge handelte es sich einfach nur um eine Revision des zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien bestehenden Vertrags von Jahre 1795, der für Amerika sehr lästige (very onerous) Bestimmungen enthielt, solche Bestimmungen, wie sie sich in keinem andern Vertrage, den die Union mit sonstigen Staaten abgeschlossen hat, vorfinden. Namentlich verlangte die Regierung der Vereinigten Staaten, daß Spanien denjenigen amerikanischen Bürgern, welche etwa vor ein Kriegsgericht auf Cuba gestellt werden sollten, das Recht eingeräumt werde, sich eigene Advocaten zu nehmen. Der Vertrag von 1795 enthielt über diesen Punkt keine oder doch nur sehr unklare Bestimmungen.

Mittlerweile ist nun am 6. December der amerikanische Congress eröffnet worden und sind zugleich mit der Botschaft des Präsidenten Grant die mit Spanien gepflogenen diplomatischen Correspondenzen veröffentlicht, wie der Telegraph jüngst meldete allerdings mit Ausschluß der auf die letzten Verhandlungen bezüglichen Aktenstücke. Dieser letztere Umstand läßt es denn auch noch immer als zweifelhaft erscheinen, ob in der That der Meinungsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien überall „in durchaus freundschaftlichem Tone gehalten ist“, wie der Telegraph sich ausdrückte, und ob die zwischen den beiden genannten Staaten geführten Verhandlungen in gegenseitig zufriedenstellender Weise vor sich gingen. Bezüglich der Insurrection auf Cuba heißt es in dem vorliegenden Auszuge aus der dem amerikanischen Congresse am 7. December mitgetheilten Präsidentenbotschaft, daß der Aufstand fort dauere, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen der Gesetze, ohne Rücksicht auf die Gebote der Civilisation und Humanität, ohne Hoffnung auf ein baldiges Ende. Die Mächte würden daher wohl bald genöthigt sein, sich darüber schlüssig zu machen, was ihre Pflicht und ihr Interesse erheische. Präsident Grant hege die Hoffnung, daß Spanien den Conflict zu Ende bringen werde; bis jetzt seien aber alle darauf zielenden Anstrengungen vergeblich und die Lage der Dinge in keiner Beziehung verändert. Auf der andern Seite hätten auch die Insurgenten keine derartige Organisation der bürgerlichen Verhältnisse zu Stande zu bringen vermocht, daß darauf hin eine Anerkennung derselben als ausführbar angesehen werden könnte. Eine solche Anerkennung würde mit den faktischen Verhältnissen unverträglich sein. Den Insurgenten die Rechte einer kriegsführenden Macht zuzuerkennen, würde gegen die Gebote der Klugheit verstoßen und verfrüht und unausführbar sein. Sollte indeß eine Pacification in Bälde nicht zu erzielen sein, so würde er (Grant) es für seine Pflicht halten, noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Congresse diejenigen Vorschläge zu machen, welche er für erforderlich hielte.

Man sieht, Präsident Grant verfolgt, wie dies auch in der Natur der Sache liegt, die spanischen Verhältnisse und die Dinge auf Cuba mit aufmerksamem Blicke und hält ein etwaiges Einschreiten der Mächte, namentlich der Vereinigten Staaten, sehr für möglich, ja für nothwendig. Trotz alledem mögen wir an eine baldige ernstliche Intervention seitens der nordamerikanischen Union noch nicht glauben, zumal wenn diese Intervention dazu dienen sollte, die Wiederermählung Grant's zu ermöglichen. Wir glauben hier mit Karl Schurz, daß Grant, wenn er jemals daran dachte, sich durch eine derartige auswärtige Diverfion im „Weißen Hause“ zu behaupten, die günstige Gelegenheit dazu ungenützt hat vorübergehen lassen. Nicht jetzt, sondern vielleicht im vorigen Frühjahr, kurz nach der Vertagung des Congresses, war

für ihn der günstige Moment zu einer Einmischung in die Cubawirren gekommen. Damals war die Majorität in beiden Häusern des Congresses Herrn Grant entschieden günstig gesinnt. Wäre damals ein Conflict mit Spanien vom Zaune gebrochen worden, so hätte die Grantadministration die Union durch herausfordernde Schritte mit Hinblick auf die bekannte Virginius-Affaire so compromittiren können, daß thatsächliche Feindseligkeiten ohne große nationale Blamage unvermeidlich geworden wären. Freilich hätte kein Krieg in aller Form ohne Zustimmung des Congresses erklärt werden können, aber die Unionsregierung hätte es in der Macht gehabt, sich so stark zu engagiren, daß selbst einem unwilligen Congresse ein Conflict sich als der einzig ehrenhafte Ausweg dargeboten hätte.

Jetzt aber liegen die Dinge anders. Das Repräsentantenhaus in Washington City wird von einer der Grantadministration feindlichen Majorität controllirt. Selbst die Republikaner des Bundes senats würden, mit sehr wenigen Ausnahmen vielleicht, nicht geneigt sein, die Administration in einem so waghalsigen Spiele zu unterstützen. In der Gegenwart und unter der unmittelbaren Aufsicht des versammelten Congresses derartige Verwickelungen herbeizuführen, würde kaum möglich sein, besonders da man ziemlich allgemein der Grantregierung mit nicht geringem Mißtrauen auf die Finger sieht. Ueberdies hat sich die politische Situation in den Vereinigten Staaten so geändert, daß so desparate Mittel, wie ein auswärtiger Krieg, der Grantfraction, wenn nicht überflüssig, doch gefährlich erscheinen mögen, wenn anders die Absicht, kriegerische Verwickelungen zu veranlassen, jemals bestanden hat.

Aber selbst im vorigen Frühjahr würden sich der Ausführung eines solchen Planes bedeutende Hindernisse in den Weg gestellt haben. Nach den uns gewordenen Informationen sind wir überzeugt, daß sich im Innern des jetzigen Cabinets des Herrn Grant ein hartnäckiger Widerstand geltend gemacht haben würde. „Man irrt,“ so schrieb kürzlich Karl Schurz in seinem Organe, der „Westlichen Post“, „wenn man glaubt, daß das ganze Cabinet den dritten Amtstermin Grant's begünstige. Wahrscheinlich nicht mehr als zwei Mitglieder desselben würden sich dazu verstehen, zu einem solchen Zwecke den Frieden des Landes zu gefährden, und das Forciren einer solchen Politik würde unzweifelhaft zur Auflösung des Cabinets geführt haben. Wir wollen nicht behaupten, daß im Grant'schen Familienrathe die Absicht eines auswärtigen Krieges ernstlich gehegt worden ist. Aber hätte man auch daran gedacht, so ist doch die günstige Gelegenheit unbenützt vorübergegangen, um nicht wieder zurückzukehren. Für die Aufrechthaltung des Friedens wird jetzt schon der Congreß sorgen, wer immer auch einen Krieg wünschen mag.“

Wie die „New-York Tribune“ meldet, giebt es allerdings in den Ver-

einigten Staaten zwei Sorten von Leuten, die einen Krieg mit Spanien herbeiwünschen. Die eine Sorte dieser Leute besteht aus Geldspekulanten, die cubanische Bonds in Händen haben und das Steigen dieser jetzt fast ganz werthlosen Papiere von einem Kriege mit Spanien erhoffen. Diese Bondshalter treiben sich in Washington City umher und haben Verbindungen, welche bis in das „Weiße Haus“ reichen; es sind, wie das genannte Blatt sagt, „wenig achtbare Abenteuerer“ (disreputable adventurers), denen man das Schlimmste zutrauen kann. Mit ihnen im Bunde stehen gewisse Politiker, die noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, durch einen Krieg die Wiedererwählung Grant's und damit ihren eigenen Einfluß zu sichern. Die Leiden der Insel Cuba, das Unrecht, welches amerikanischen Bürgern dort widerfahren sein soll, die Handelsinteressen der Union, die Emancipation der Sklaven auf Cuba, die nationale Ehre und der militärische Ruhm sind in dem Munde dieser Leute nur klingende Worte, mit denen sie das Volk der Union aufzustacheln suchen; ihr wahrer Zweck ist die Verlängerung der Grantregierung und ihr eigenes Interesse. Allein auch die „New-York Tribune“ ist der Ansicht, daß es so bald nicht zu einem Kriege mit Spanien kommen wird, da die große Mehrzahl der jetzt lebenden Bevölkerung der Vereinigten Staaten aus guten Gründen den Frieden aufrecht erhalten haben will.

Die oben erwähnte Botschaft des Präsidenten Grant enthält aber außer der Cubafrage noch manche interessante Punkte, deren Besprechung wir uns indeß vorbehalten müssen, bis uns die ganze Botschaft im Wortlaute vorliegt. Nur den einen Punkt möchten wir schon jetzt als wichtig erwähnen, daß Präsident Grant die Erhebung jedweder Abgaben für die Zwecke von Schulen von bestimmten Religionssekten als verderblich hinstellt und die Besteuerung des Eigenthums der Kirchen empfiehlt. Hiermit zielt er offenbar auf das Umsichgreifen des Ultramontanismus in den Vereinigten Staaten und den wachsenden Reichthum der katholischen Kirche.

Rudolf Doehn.

---

## Pariser Reisebeobachtungen.

3.

Seit Jahren concentrirt sich in Frankreich das politische Interesse auf die endlosen Schachzüge und Verschiebungen der Parteien im Versailler Schloß-